



Suche

ANMELDEN Menu

Paradise

Dietikon 8°
5°



Mehr erfahren?

Helsana-Gruppe, Generalagentur Uster
Oberlandstrasse 96, 8610 Uster

Michael Deplazes, Tel. +41 79 889 53 16

michael.deplazes@helsana.ch oder auf [helsana.ch](https://www.helsana.ch)

Beste Beratung und
persönlicher Service.
Ganz in Ihrer Nähe.

Helsana
Engagiert für das Leben.

Freuen Sie sich auf erstklassigen Versicherungsschutz.
Jetzt von attraktiven Vorteilen profitieren.

KANTONALE ABSTIMMUNG

Heimfinanzierung: «Das ist respektlos und politische Falschmünzerei»

von Matthias Scharrer — az Limmattaler Zeitung • Zuletzt aktualisiert am 28.8.2017 um 17:15 Uhr



Seit über einem Jahr muss der Kanton die Kosten für Heimplatzierungen von Kindern und Jugendlichen vollständig übernehmen. Mit einer Gesetzesänderung sollen die Gemeinden wieder wie früher mitbezahlen müssen. (Symbolbild)

© ENNIO LEANZA

Gemeindenvertreter attackieren Regierungsrätin Silvia Steiner.

Artikel zum Thema

STÄFNER STEIN

Trotz Unfallgefahr: Besorgung

KANTONSRAT

Zu restriktive Werberegeln



«Silvia Steiner unterstellt den Gemeinden, sie würden aus Kostengründen das Kindeswohl vernachlässigen.»

Roger Bachmann, Dietiker Sozialvorsteher

© Zur Verfügung gestellt

Kind oder ein Jugendlicher in ein Heim eingewiesen werde, entschieden jedoch nicht die Gemeindebehörden. Zuständig seien die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) und die Kinder- und Jugendhilfezentren (Kjz), so der Co-Präsident des Komitees «Heimfinanzierung – so nicht».

Bildungsdirektorin Steiner hatte Anfang Juli den Abstimmungskampf mit einer Medienkonferenz eröffnet. Dabei hatte sie betont, auch das Verwaltungsgericht habe schon festgestellt, dass eine Heimfinanzierung nur durch den Kanton Fehlanreize schaffe. Gemeinden könnten versucht sein, auf eine

vom Kanton bezahlte Heimeinweisung zu drängen, um nicht eine andere Massnahme (mit-)bezahlen zu müssen. In den meisten Fällen würden Massnahmen nämlich im Einvernehmen zwischen Gemeinden und Eltern beschlossen, wie Steiners Amtschef André Woodtli damals ausführte. Die Kesb ordne nur 25 bis 30 Prozent der Massnahmen an.

Mehr zum Thema:

- [Bildungsdirektorin Silvia Steiner: «Es geht in erster Linie ums Kindeswohl»](#)
- [Heimkosten-Streit: Nur Referendumsgemeinden dürfen Kampagne unterstützen](#)
- [Neues Kinder- und Jugendheimgesetz: Die Zwischenlösung ist umstritten](#)
- [Kanton soll künftig 40 Prozent an Heimkosten zahlen](#)

Weitere Klagen absehbar

Nebst «politischer Falschmünzerei» führte das Referendumskomitee gestern noch andere Vorwürfe ins Feld: Der Kanton wolle nach dem Auseinanderbrechen seines Sparpakets «Lü 16» weitere Kosten auf die Gemeinden abwälzen, sagte Linda-Camenisch, Gemeinderätin von Wallisellen und FDP-Kantonsrätin.

Doch damit nicht genug: «Die finanzpolitisch motivierte Hau-Rück-Übung hat gravierende Mängel», so Camenisch weiter. Sie schaffe nämlich die Unvereinbarkeit der bisherigen Heimfinanzierung mit einschlägigen Gesetzeserlassen und der

interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen nicht aus der Welt. Weitere Klagen seien daher absehbar.

Verwandte Themen:

[Gesetzesänderung](#) [Abstimmungskampf](#)

War dieser Artikel lesenswert?



KOMMENTAR HINTERLEGEN